



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt. Ein Menetekel! — Die Entwicklung der Arbeiterversicherung. — Zur Tabaksteuerfrage. — Wirtschaftliche Rundschau. — Rundschau. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Anzeige.**

**Beilage: Ein Wort an die deutschen Arbeiter. — Korrespondenzen Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz, Darmstadt, Frankfurt a. M., Karlsruhe, München, Weimar. — Literatur.**

## Ein Menetekel!

Die von der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft Groß-Berlins am 12., 13. und 14. Februar vorgenommene Arbeitslosenzählung hat ein erschreckendes Resultat ergeben: 101 300 arbeitslose Menschen wurden gezählt, denen jede Möglichkeit genommen ist, für sich und ihre Familien durch ihrer Hände Arbeit das nötige Brot zu erwerben. Gibt es eine furchtbarere Anklage gegen unsere heutigen Zustände, gegen diese widerwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung, die Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen in Not und Elend stürzt? Seit nahezu zwei Jahren zerfleischt die Krise das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands und lastet mit ungeheurer Wucht gerade auf denjenigen Teil des Volkes, der schuldlos an dieser Erscheinung ist — auf der Arbeiterschaft. Die Krisen sind immerwiederkehrende, notwendige Folgeerscheinungen des verbrecherischen und aberwitzigen Systems des Kapitalismus, unter dem Millionen von Proletariern zu leiden haben. Durch eine regellose und von wilber Profitgier diktierte Produktionsform wird der Wirtschaftsmarkt in einer Weise überladen, daß es von Zeit zu Zeit zu einer Stocung kommen muß, die eine Einschränkung der Produktion gebieterisch verlangt. Jeder Versuch der Arbeiterschaft, hier bessernd einzuwirken, d. h. die Arbeitszeit einzuschränken, die Löhne so zu gestalten, daß es möglich wäre, an den Riesengewinnen mit zu partizipieren, wird brutal zurückgewiesen, und so werden dann mit einem Schlage Legionen von fleißigen Händen zur Untätigkeit verdammt; was für die Arbeiter nichts anderes bedeutet als Hunger, Not und Elend. Und dieses furchtbare Schauspiel wird sich so lange wiederholen, als die privatkapitalistische Gesellschaftsordnung besteht. Erst mit ihrem Sturze werden die Krisen und ihre Folgeerscheinungen verschwinden.

Der Staat, der doch ein Interesse an der Beseitigung dieser Verelendung seiner Volksmassen haben sollte, hätte die Pflicht, hier helfend einzugreifen; aber er rührt sich nicht, um hier Abhilfe zu schaffen. Ja, die Vertreter des Geldsacks in den gesetzgebenden Körperschaften und in den Verwaltungen der Gemeinden wachen ängstlich darüber, daß an diesem fluchwürdigen System nicht gerüttelt wird. Das zeigte am besten die Verhandlungen des deutschen Reichstages vom 13. und 14. November vorigen Jahres, die sich mit den vom Zentrum und von der Sozialdemokratie eingebrachten Interpellationen befaßten, deren zweite folgenden Wortlaut hatte: „Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichstanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise, die sich in Betriebs Einschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen und durch die hohen Lebensmittelpreise gesteigerten Notstand weiter Volksschichten entgegenzuwirken?“ Der Abgeordnete Dr. Pieper begründete die Interpellation des Zentrums, der Abgeordnete Wolfenbühler die der Sozialdemokratie. Pieper formulierte in einer trefflichen Rede die Arbeiterforderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: periodische Arbeitslosenzählungen; staatliche Arbeitslosen-Versicherung; Organisierung eines Arbeitsnachweises über ganz Deutschland, Erfüllung von Kulturaufgaben durch Bau von Eisenbahnen, Kanälen, Schulen usw., also Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch Reich, Staat und Gemeinden; gefällige Einführung einer abgekürzten Arbeitszeit. „Das Reich hat die Pflicht“, schloß er seine Rede, „daß das Volk gesund erhalten bleibt. Die Kämpfe der Zukunft werden keine Kämpfe mit Kanonen und Schiffen sein, sondern wirtschaftliche Wettkämpfe, und Sieger wird das Volk sein, welches die gesündesten und intelligentesten Arbeiter hat. Das wirtschaftlich stärkste Volk wird auch das politisch stärkste Volk sein. Nicht für Kanonen und Panzerschiffe, sondern zur Hebung der Gesundheit, zur Hebung der Erwerbsfähigkeit, zur Hebung der wirtschaftlichen Macht gebe man Geld aus, und man wird für die Zukunft des deutschen Volkes Großes geleistet haben.“

Dieser Appell an den Selbsterhaltungstrieb des Volkes, an das Gewissen der Herrschenden ist bei diesen wieder einmal fast wirkungslos verhallt. Die Regierung lehnte durch den Mund des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg die staatliche Arbeitslosenversicherung, die sich in Dänemark vorzüglich bewegt, für Deutschland rundweg als „unmöglich“ ab. Die Möglichkeit der Veranstaltung brauchbarer Arbeitslosenzählungen wurde bezweifelt. Die zentrale Regelung der Arbeitszeit ist nicht zu erwarten. In bezug auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheit hat die Regierung schon alles, was zu tun möglich war, getan. — Das war alles, was man vom Bundesratstische aus auf die ernststen Mahnungen zu antworten wußte.

Und diese Ausführungen fanden auf den Bänken aller bürgerlichen Parteien ein mehr oder minder lebhaftes Echo. Der konservative Abgeordnete Dr. Sohn und seine Parteigenossen „sehen in der Arbeitslosenversicherung eine Prämie auf die Faulheit!“ Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann bezeichnete „den Neunstundentag, den Herr Wolfenbühler fordert, als ganz undistastabel.“ Der freisinnige Mann Carstenz suchte etwaige von den Unternehmern vorgenommene Lohnreduzierungen damit zu entschuldigen, daß Lohnaufbesserungen von den Gewerkschaften doch nur zur Füllung ihrer Streikfassen benutzt würden! Und das Zentrum erklärte sich durch den Abgeordneten Weder von der Beantwortung der Interpellation durch den Staatssekretär vollaus befriedigt.

Hieraus kann die Arbeiterschaft ersehen, wo ihre Freunde sitzen und was sie von der bürgerlichen Gesellschaft zu erwarten hat. Nicht das kleinste Zugeständnis wird gemacht, und mit Sohn

geht man über die nur zu berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zur Tagesordnung über. Der Staat erinnert sich der Existenz der Arbeiter nur dann, wenn es gilt, neue Steuern aus ihren Knochen zu pressen, ihnen mit Wucherzinsen den letzten Pfennig zu verteuern, aber wo sie die Kraft hernehmen, all die Lasten zu tragen — danach wird nicht gefragt.

Dasselbe gilt von den einzelnen Gemeinden. Als im November vorigen Jahres der Berliner Kommunalrat dem Drängen der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher nachgeben mußte und eine Arbeitslosenzählung veranstaltet wurde, da fand man in dem Melbesystem das Mittel, die wirklich vorhandene Zahl Arbeitsloser zu verschleiern. Man wollte das Elend nicht aufsuchen, trotzdem die organisierte Arbeiterschaft genügend Kräfte zur Verfügung stellte, sondern die Arbeitslosen sollten an bestimmten Stellen erscheinen, um sich zählen zu lassen. Das Resultat entsprach auch den Wünschen der Veranstalter. 41 468 Arbeitslose wurden in Groß-Berlin ermittelt. Ergebnis dieses Resultat schon erschreckend hoch, so war sich doch niemand an Zweifel darüber, daß es nicht das wirkliche Bild des vorhandenen Elends darstellte. Man wußte, daß durch diese Art der Zählung zahlreiche Arbeitslose nicht erfasst wurden.

Es ist nicht jedermanns Sache, in einem öffentlichen Lokal seine Papiere auszubreiten, um seine Arbeitslosigkeit zu beweisen. Und wie viele Arbeitslose hatten von der Zählung keine Kenntnis, weil sie keine Zeitungen lesen, die sie aus Mangel an Mitteln nicht halten können, oder öffentliche Bekanntmachungen nicht zu Gesicht bekommen. Trotz dieser Einwendungen waren die bürgerlichen Parteien nicht zu bewegen, in anderer Weise ein einwandfreies Resultat zu erzielen. Uns scheint, man hat doch Angst, die Folgen der Verbrennen an der Arbeiterschaft in ihrer ganzen Größe vor Augen zu sehen. Doch es nützt den Herrschenden nichts. Das Proletariat hat sich selbst an die Arbeit gemacht und die Zahl der in ihren Wohnungen ermittelten Arbeitslosen festgestellt. Das vom „Vorwärts“ veröffentlichte ziffernmäßige Ergebnis ist folgendes: Es wurden gezählt in Berlin 67 367, in den Vororten 33 933, insgesamt 101 300 Arbeitslose. Davon sind 3467 Parteien als zweifelhafte und 6051 in Herbergen und Asylen gezählte Personen ausgeschieden worden. Dieses Elendsbild zeigt uns die Weltstadt Berlin, die Metropole des deutschen Reiches!

Zur selben Zeit, wo die „bessere“ Gesellschaft, die Besitzer jener Werte, die von Arbeiterhänden erzeugt werden, sich in den Trübel ihrer Wintervergünstigungen stürzen und sich in luxuriöser Weise ihres Lebens erfreuen, darben Hunderttausende und wissen nicht, wie sie ihren und den Hunger von Weib und Kindern stillen sollen. Demgegenüber lohnt sich die Betrachtung, wie sich der Reichtum in den Händen einer kleinen Schicht von Kapitalisten anhäuft. Eine amtliche Statistik beweist, daß sich die Zahl der Millionäre in Preußen von 5256 im Jahre 1895 auf 8977 vermehrt hat. Das Vermögen dieser Leute hat sich innerhalb von

13 Jahren von 13 482 Millionen auf 23 650 Millionen erhöht. Ist das nicht eine herrliche, göttliche Weltordnung?

Sind diese Zahlen und die Ergebnisse der Arbeitslosenzählung noch nicht geeignet, dem Blinden die Augen zu öffnen? Die Arbeiterschaft hat von den besitzenden Klassen und auch vom Staate keine Hilfe zu erwarten. Sie ist auf sich selbst und auf ihre Organisationen angewiesen. Wenn diese stark genug sind, dann wird es auch gelingen, die heutige kapitalistische Wirtschaftsform in eine sozialistische umzuwandeln, in der solche Erscheinungen, wie sie jetzt auftreten, nicht möglich sind. —

## Die Entwicklung der Arbeiterversicherung.

a. r. Die Statistik der Arbeiterversicherung steht noch nicht auf der Höhe. Zunächst ist an ihr dasjenige zu tabeln, wie an so vielen amtlichen Statistiken: das verspätete Erscheinen. Wir schreiben schon 1909, und eben erst sind die Ergebnisse von 1907 veröffentlicht worden. Weiter aber ist sie auch sehr unvollkommen, teilweise sogar unrichtig, besonders hinsichtlich der Krankenversicherung. Ueber eine Reihe wichtiger Fragen, z. B. den Umfang der von den Klassen freiwillig eingeführten Mehrleistungen, die Zahl der freiwilligen Mitglieder usw. gibt sie überhaupt keine Auskunft. Und die Durchschnittsberechnungen, z. B. über die Ausgaben für ärztliche Behandlung, stimmen nicht.

Trotz dieser Mängel zeigt die Statistik, daß die Arbeiterversicherung sich in steter Entwicklung befindet und immer größere Bedeutung gewinnt. Das ist weniger das Verdienst der Gesetzgebung, die gerade dieses Gebiet sehr pietätmüßig behandelt, als der steigenden Ausdehnung des gewerblichen Lebens und des wachsenden Interesses der Arbeiterschaft. Die Arbeiter haben sich, soweit dies möglich war, der Versicherungsanstalten immer mehr angenommen und sie besser ausgestattet. Diejenigen Versicherungsträger aber, bei denen diese Mitwirkung der Arbeiter nicht möglich war, sind immer rückständiger und fiskalischer geworden.

Der Versicherungsbestand als Ganzes läßt sich durch Zusammenfassung der drei Versicherungszweige nicht in eine Zahl bringen. Denn die Pflicht zur Versicherung für die Fälle von Krankheit, Unfall und Invalidität ist verschieden begrenzt. Die Kreise der Versicherten decken sich daher nur zum Teil.

Die Zahl der gegen Krankheit Versicherten betrug im Jahre 1907 12 138 966. Sie belief sich 1885 auf 4 670 959, überschritt 1885 die fünfte, 1890 die sechste, 1898 die neunte, 1905 die elfte und 1907 die zwölfte Million. Die Zahl der Unfallversicherten stieg, entsprechend der Erweiterung der Versicherungsspflicht, noch wesentlich rascher: von 3 473 485 im Jahre 1886 auf 11 189 078 (1896), 18 743 000 (1905) und 21 172 024 im Jahre 1907. In dieser Zahl dürften etwa 1 1/2 Millionen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt waren. Die Zahl der für Invalidität und Alter Versicherten ist nur schätzungsweise zu ermitteln. Man schätzte 1891: 11 490 200, 1900: 13 015 100 und 1907: 14 650 000.

Die hohe Zahl der gegen Unfall Versicherten ist durch die Mitversicherung kleiner selbständiger, namentlich landwirtschaftlicher Unternehmer bedingt. Im ganzen waren im Jahre 1907 von 1000 Personen der Gesamtbevölkerung versichert: gegen Krankheit rund 200, Unfall 326, Invalidität 235.

Im Jahre 1907 bestanden zur Durchführung der Krankenversicherung 23 232 Krankenkassen, für die Unfallversicherung 114 Berufsgenossenschaften und 535 Ausführungsbehörden — ferner 31 Versicherungsanstalten und 10 zugelasene Masseneinrichtungen für die Invalidenversicherung. In diesem Bestande hat sich seit Jahren so gut wie nichts geändert. Trotz dem Streben nach Zentralisation, namentlich der Krankenversicherung, bleibt im wesentlichen alles beim alten.

Die Entschädigungsfälle sind in allen Versicherungszweigen ständig gestiegen. Im Jahre 1902 wurden 3 578 410 mit Erwerbsunfähigkeit

verbundene Erkrankungsfälle mit 67 377 057 Krankentagen vermerkt, 1907 aber 4 956 388 und 148 780, 1902 kamen auf ein Mitglied 6,83 Krankentage, 1907 aber 8,00. Die Krankheitskosten stiegen pro Mitglied von 17,02 Mk. (1902) auf 22,56 im Jahre 1907. Diese steigende Anspruchnahme ist auf eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Ursachen zurückzuführen. Bei der Frage der Leistungsfähigkeit der Klassen offenbart sich vor allem die Rückständigkeit der Gemeindeversicherung, an deren Verwaltung die Arbeiter beinahe keinen Anteil haben. Sie leisteten auf das Mitglied 1907 nur 12,19 Mk. an Krankheitskosten. Die trefflichste Entwicklung haben die Ortskrankenkassen zu verzeichnen, die sich als die besten Träger der Krankenversicherung erweisen haben.

Daß die Zahl der Unfälle ebenfalls ständig steigt, ist bekannt. 1907 wurden 662 900 Unfälle angemeldet gegen 645 580 in 1906 und 609 160 in 1905. Das Reichsversicherungsamt hält für die Beurteilung der Unfallhäufigkeit allein die Zahlen der entschädigten Unfälle für brauchbar. Dazu muß ein besonderes Fragezeichen gemacht werden. Denn die Berufsgenossenschaften kommen immer mehr dahin, die geringeren Unfälle überhaupt nicht zu entschädigen. Trotzdem ist die Verhältniszahl der entschädigten Unfälle fortgesetzt gestiegen. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften kamen 1897 auf 1000 Vollarbeiter 8,08 entschädigte Unfälle, 1907 aber 9,37, bei den landwirtschaftlichen ist die Steigerung noch größer. 1907 hatten 9815 Unfälle den Tod, 1356 dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Die Zahl der neuen Unfälle, für die erstmalig Entschädigung festgesetzt werden mußte, belief sich auf 144 708. Die Gesamtsumme der Entschädigungsbeträge (Renten usw.) war 150 325 291 Mk. Das erscheint gegen 1887 mit nur 6 Millionen als eine gewaltige Steigerung. Auf den einzelnen Fall berechnet, ist jedoch die Leistung ständig zurückgegangen. Denn der durchschnittliche Einzelbetrag war 1887 = 237 Mk., 1907 aber nur noch 151. Das kennzeichnet den Krebsgang der Unfallversicherung. Denn wenn auf der einen Seite das Meldeverfahren sicher verbessert worden ist, so daß erheblich mehr kleine Unfälle angemeldet werden, so ist zugleich eine erhebliche Steigerung des Geldebetrags der Röhne erfolgt, so daß die durchschnittliche Leistung tatsächlich noch viel mehr herabgegangen ist; umso mehr, als ein erheblicher Teil kleinerer Verletzungen durch die Ausschleibung der kleinsten Prozentsätze — unter 10 Proz. wird überhaupt keine Rente gewährt — und die zunehmende Angewöhnung der Rechtsprechung an die „Angewöhnungstheorie“ von der Entschädigung ausgeschlossen worden ist.

Besonders kennzeichnend ist hierbei die fast völlige Ausmerzungen der „dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit“. Bei den gewerblichen B.G. ist die Zahl der Getöteten von 0,72 auf 1000 Versicherte im Durchschnitt der Jahre 1887/1890 auf 0,63 in 1902/05 zurückgegangen, was aus der verbesserten Unfallverhütung und dem Fortschritt der Seifenindustrie, zum Teil wohl auch aus Einbeziehung minder gefährlicher Berufe in den Bereich der Versicherung erklärt werden kann. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der dauernd teilweise Erwerbsunfähigen von 3,65 auf 3,68 von 1000, die der vorübergehend Erwerbsunfähigen aber von 0,79 auf 3,82. In dieser Zeit sank die Zahl der dauernd völlig Erwerbsunfähigen von 0,05 auf 0,08. Die Anfangs- und Endzahlen lauten gar: Tot 0,77 in 1887 — 0,63 in 1905 — dauernd völlig erwerbsunfähig: 0,73 und 0,07 — dauernd teilweise erwerbsunfähig: 2,11 und 3,59 — vorübergehend erwerbsunfähig: 0,53 und 4,05! Mag man die angeführten Momente der verbesserten Anmeldeung und Heilung noch so hoch anschlagen, so bleibt doch als Hauptgrund dieser erkannten Zahlenveränderung die Praxis der Berufsgenossenschaften, die mit der Festlegung von Renten für „teilweise“ Erwerbsunfähigkeit von 70 und 80 Proz. und mehr mit der „Angewöhnung“ u. dergl. geradezu Umgang treibt. Das beweist schon die geringe Verschiebung in der Zahl der Todesfälle, bei denen nun einmal nichts kriert werden kann. Doch wer weiß? Am Ende erleben wir auch noch den teilweisen Tod und die Gewöhnung an den Tod als rentenmindernde Umstände.

Auch in der Invalidenversicherung machte sich in den letzten Jahren ein erheblicher Rückgang der Rentenbewilligungen bemerkbar. So wurden im Jahre 1908 rund 174 000 Invaliden- und Altersrenten bewilligt — 1906 aber nur noch 132 000. Erst 1907 weist für die Invalidenrenten eine kleine Besserung auf 112 184 (gegen 110 969 i. V.) auf. Die Zahl der Altersrenten, bei denen ja das subjektive Ermessen keine Rolle spielt, betrug 10 769; wenig anders als im Vorjahr. Im Durchschnitt betrug eine Invalidenrente 166,04 — eine Altersrente 161,64 Mk.: 45 1/2 bzw. 44 Pf. auf den Tag! Einen ständigen Ausbau hat erfreulicherweise das Heilverfahren erfahren. 1907 wurden dafür rund 15 Millionen ausgegeben. Durch seine volkshygienische Bedeutung wird es allmählich der wichtigste Teil der ganzen Arbeiterversicherung.

Mächtig wachsen die Kapitalien, die für diese Versicherungszwecke als Reservefonds etc. aufgespeichert werden. Im Jahre 1907 besaßen die Krankenkassen 244 957 396 Mk., die Berufsgenossenschaften 309 000 000 und Versicherungsanstalten 1 404 067 649 Mk.: zusammen rund 1 958 025 000 Mk. oder fast 2 Milliarden.

## Zur Tabaksteuerfrage.

### Wirkung der Vandersolesteuer.

Der Geschäftsbericht der Tabakarbeiter-Genossenschaft pro 1908 beschäftigt sich eingehend mit der Tabaksteuerfrage. Zunächst wird in dem Bericht festgestellt, daß 87 pCt. des Jahresabzuges an Zigarren auf die Sorten im Verkaufspreis bis zu 6 Pf. pro Stück entfällt, 11 pCt. auf die Sorten zu 7 Pf. pro Stück und nur 2 pCt. des Abzuges in höherer Preislage liegt.

Trotzdem aber nur ein ganz geringer Teil des Abzuges auf Abnehmer aus den besitzenden Klassen entfällt, würde die Belastung durch die von der Regierung vorgeschlagene Vandersolesteuer eine ganz enorme sein.

Würde der Regierungsentwurf auch schon 1908 Gesetzeskraft gehabt haben, so hätte die Tabakarbeiter-Genossenschaft nach den vorgeschlagenen Steuerätzen zahlen müssen für:

Mille	zum Verkaufspreis	von	4 1/2 pr. Stück pr. Mille	4 =	8 =	16 =	32 =
3835							
18958	4	7	pr. Stück	pr. Mille	4 =	8 =	15340
3304	7	13	"	"	"	16 =	52864
32	13	25	"	"	"	32 =	1024
						Summa	1220892
						Dazu bisheriger Zoll	165185
						Zusammen	1386077

Der gesamte Umsatz der Tabakarbeiter-Genossenschaft betrug im Jahre 1908 Mk. 1 166 294; abzüglich Zoll verbleibt mithin ein Fakturrentwert von rund einer Million; die Belastung durch Zoll und Vandersolesteuer würde mithin in Zukunft 39 Prozent betragen.

Schon in ihrem Geschäftsbericht pro 1907 hatte die Tabakarbeiter-Genossenschaft darauf hingewiesen, daß in keiner zweiten Industrie ein derart hoher Prozentfuß Arbeitslohn im Werte des Produkts stehe, wie in der Zigarrenindustrie. Nach einer Durchschnittsberechnung von 1901 bis 1907 entfielen von dem Gesamtwert der Waren 40 pCt. auf den Arbeitslohn, 15 pCt. auf Tabakzoll, 10 pCt. auf Unkosten und 35 pCt. auf den verarbeiteten Tabak; im Jahre 1908 stellte sich das Verhältnis wie folgt: von der Summe des gesamten Verkaufserlöses entfielen auf den für Anfertigung der Zigarren bezahlten Arbeitslohn 38,8 pCt., auf Tabakzoll 14,2 pCt., auf Unkosten 3,1 pCt., auf den verausgabten Betrag für Rohmaterialien 38,9 pCt.

Würde 1908 schon eine Vandersolesteuer erhoben werden sein, so wäre von dem Gesamtbetrag derselben von Mk. 220 892 entfallen sein auf

Tabakzoll 14,2 pCt.	Mk. 31 367
Arbeitslohn 38,8 pCt.	Mk. 85 706

Summa . . . . . Mk. 117 073

Für den in dem Werte der Fabrikate enthaltenen Zoll und Arbeitslohn hätte die Tabakarbeiter-Genossenschaft mithin abermals mehr als die Hälfte des Gesamtbetrages der Vandersolesteuer entrichten müssen.

Die Aufspaltung eines neuen Steuersystems auf das bisher bestehende erweist sich durch diese Fest-

stellung als ein Unikum; in keinem zweiten Lande der Welt dürfte eine solche „Vererbung des Steuer-systems“, daß für veräußerten Zoll nochmals ca. 20 pCt. Steuer zu bezahlen sind, üblich sein; in keinem zweiten Lande der Welt würde es überhaupt denkbar sein, daß eine Regierung ein derart arbeiterfeindliches Gesetz vor die Volksvertretung bringen könnte. Der Vandalensteuerentwurf der Regierung mit seinen steigenden Steuerföhen würde, wenn ihm der Reichstag seine Zustimmung erteilte, geradezu eine direkte Anreizung zur Lohnbrückeri sein. Weil der Arbeitslohn einen so hohen Prozentsatz vom Werte der Zigarren ausmacht, und weil deshalb mit einer Steigerung des Arbeitslohnes eine Sorte Zigarren eventuell in eine höhere Steuerklasse kommen würde, werden alle Versuche der Tabakarbeiter, ihre niedrigen Löhne etwas zu erhöhen, von vornherein dem schärfsten Widerstand der Fabrikanten begegnen; im Gegenteil, diese werden geradezu durch die Wertstaffel veranlaßt, die Löhne zu drücken.

Für die 7 Pf.-Zigarre soll z. B. in Zukunft 8 Mk., für die 8 Pf.-Zigarre 16 Mk. Steuer bezahlt werden. Alle Fachleute haben schon darauf hingewiesen, daß bei dieser Steigerung der Raucher dann für 7 Pf. eine bessere Zigarre bekommen wird als für 8 Pf. Was liegt nun für den Fabrikanten näher, die 8 Pf.-Sorten auch im Lohn derart zu drücken, daß sie für 7 Pf. verkauft werden können. Die Wertstaffel jetzt geradezu eine Prämie auf Lohnherabsetzungen. Gelingt es dem Fabrikanten, den Lohn um vielleicht 2 Mk. herabzudrücken, so daß die Herstellungskosten der 8 Pf.-Zigarre denen der 7 Pf.-Zigarre entsprechen, so spart er nicht nur 2 Mk. Lohn, sondern, weil die betreffende Sorte jetzt in die niedrigere Steuerklasse kommt, auch 8 Mk. Steuer.

Auf 7 Mk. Lohndruck 8 Mk. Steuerprämie!!! „Die Regierung“, erklärte der Vorsitzende des Tabakarbeiterkongresses, „ist unser Feind.“ Mit vollem Recht — eine Regierung, die derart arbeiterfeindliche Gesetzentwürfe vor den Reichstag bringt, soll sich nicht darüber wundern, wenn die 200 000 Tabakarbeiter in ihr ihren Feind sehen.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Staat und Kohlenproduktion in Oesterreich. — Deutsche Börsen und Vohrgesellschaften. — Die Eisenbranchen. — Fahrradvereinigungen. — Amerika.

Der Staat, mag er noch so kleinmütig und schwächlich sein, kann sich ein Eingreifen in die Kohlenproduktion in vielen Ländern nicht mehr herumdücken. Die Gesamtheit des industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmertums lehnt sich hier gleichsam von anderen Interessen ganz abgesehen, gegen ein überwindendes Glied, gegen den gemeinsamen Schaden der privatmonopolistischen Brennstoffverteuerung auf. Aber immerhin hat die Kräfte nicht gerne der anderen ein Auge aus; die Lendenlahmheit und Halbheit der meisten Vorstöße erklärt sich vielfach daraus.

Einen neuen charakteristischen Anlauf unternimmt jedoch die österreichische Regierung, nur daß hier bei der Schwierigkeit der parlamentarischen Verhältnisse das Endergebnis vollends nicht vorauszufragen ist. Nach einer Uebergangsfrist von drei Jahren soll in unserem Nachbarreiche alles noch unerflossene Vorkommen von Stein- und Braunkohle dem Staate gehören, der bisher in Oesterreich — in der entscheidenden früheren Zeit wohl infolge der schlechten Finanzen, die jahrelanglang sogar zur Abstoßung von Staatszinsen aller Art führten — auf diesem Gebiete kaum noch Fuß gefaßt hatte. Ueber Steinkohlengrubenbesitz verfügte er bisher überhaupt nicht, und von Braunkohle besaß er nur die ärarischen Zulinschächte im Brücker Revier, die jährlich gegen zehn Millionen Doppelzentner Ausbeute liefern. In Zukunft sollen zwar die bereits heute in Gang befindlichen Bergbau, Zechen und Schächte vom Privatkapital wie vordem weiter betrieben werden dürfen. Das bereits erworbene Recht auf Freischürfe muß jedoch binnen dreier Jahre, unter Umständen sogar binnen dreier Monate, ausgeübt werden und zum Nachweis vorhandenen Kohlenvorkommens führen. Darüber hinaus jedoch fallen alle neuen Kohlenlieferquellen dem Staate anheim, wobei allerdings, nach österreichischer Gewohnheit, wohl vielfach nicht an entsprechend ausgedehnten eigenen Staatsgrubenbetrieb, sondern an Weiterverpachtung der Ausbeutung gedacht ist. Wir hätten hier also eine Wiederholung, und zwar eine ganz wesentlich verstärkte Wiederholung der lex Camp, die dem preussischen

Staate für zehn Jahre das Recht der Mutung auf ein räumlich begrenztes Ausmaß von Grubenfeldern zu sichern strebt.

Selbst der äußerliche Erfolg dieses Schrittes ist bei der abermaligen Stocung des parlamentarischen Lebens in Wien noch keineswegs zu übersehen. Troßdem nahm die Börse eine regere Tätigkeit der Vohrgesellschaften während der noch freien Uebergangszeit bereits in manchen recht seltsamen Kurssteigerungen vorweg. Man sagte sich, daß während der Karenzzeit das Privatkapital alles nur Mögliche tun wird, um Kohlenlager wirklich nachzuweisen und zu erwerben. Aber nur aus den zuletzt üblich gewordenen Hauffstreiberereien ist es erklärlich, wenn eine vor anderthalb Jahren fast herfrachte Unternehmung, wie die neuerdings in Oesterreich interessierte Tiefbohrgesellschaft Rapp, an einem Tage ihre Aktien um 32 pCt. steigen sehen konnte. Zwar soll die Gesellschaft vorwiegend galizische Oelterrains zu Bohrzwecken erworben haben, als sie nach der Annahme des preussischen Berggesetzes an neue Vorbeeren in der alten Heimat nicht mehr recht denken konnte; aber es überwog trotzdem die phantastische Erwartung, die österreichische Novelle werde auch dieser Gesellschaft in den nächsten drei Jahren ein profitiergiebiges neues Wirkungsfeld eröffnen.

Weniglich wirkten die, im Grunde gleichfalls noch recht nebelhaften Frühjahrshoffnungen für das Baugewerbe lebend auf eine ganze Reihe von Börsenwerten, selbst wenn deren Zusammenhang mit der Bautätigkeit ein sehr loser ist. Unverbesserliche Optimisten sprachen bereits von einer Hebung der Umsätze und Bestellungen in Formeisen und hieraus leiteten sie wiederum günstige Erwartungen für die Mehrzahl aller Eisenbranchen ab. Unerbürgte bessere Annahmeverständnisse des Stahlwerksverbandes, neben Formeisen auch Eisenbahnmaterial betreffend, mußten dieser Stimmungsmache zu Hilfe kommen. Vorläufig rebeten jedoch die Tatsachen noch eine ganz andere Sprache. So bestanden Anfang Februar an der Düsseldorf Produktenbörse die eingetretene Preisänderungen fast ausschließlich in Abschwüchungen, nur Flußeisenbleche erfuhr eine kleine Befestigung. Es änderten sich nämlich, unter Beibehaltung des jetzigen und des vorangegangenen Preises: Spiegeleisen 64—67 Mk. (gegen vorher 65—68 Mk.), Qualitätspubdelroßeisen, rheinisch-westfälische und Siegerländer Marke, 56—59 Mark (50—60 Mk.), Stahleisen 58—61 Mk. (58 bis 62 Mk.), Thomasleisen 49,49,80 Mk. (49—51,20 Mark), Luxemburger Pubdeleisen 45—46 Mk. (45 bis 46,40 Mk.), Bleche aus Flußeisen 106—112 Mk. (107,50—112,50 Mk.), Kesselbleche aus Flußeisen 116—122 Mk. (116—120 Mk.). Spezial Stabeisen, obwohl dessen Herstellung mehr Arbeit erfordert, steht im Preise etwa 10 Mk. noch unter den Trägern, die von den Blackwalzwerken ohne erheblichen Arbeitsaufwand produziert werden können. Dieses bezeichnende Mißverhältnis wird darauf zurückgeführt, daß der Stahlwerksverband seinen Mitgliedern das schlenbe Arbeitsquantum in A-Produkten eventuell durch verstärkte Erzeugung von B-Produkten auszugleichen gestattet — ein Verfahren, das lediglich die Sicht von dem einen Bein mehr in das andere trieb. Die unter der Führung von August Thyssen wieder aufgenommenen Bestrebungen, eine deutsche Stabeisenkonvention zustande zu bringen, scheinen noch weit vom Ziele entfernt, wie überhaupt die vielgestaltigen B-Produkte von jeder der einseitlichen Syndikatsregelung außerordentliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben. Im Anschluß an die letzte Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde jedoch eine Kommission gewählt, welche die Frage der Begründung eines Stabeisenverbandes weiter verfolgen soll.

Bei manchen der bestehenden Konventionen sind die inneren Gegensätze durch die Absatzverlegenheiten schärfer entfacht worden. So konnte die Vereinigung deutscher Fahrradfabriken, ursprünglich bis zum 30. April 1909 abgeschlossen, vorläufig nur auf acht Wochen verlängert werden. Von den etwa 50 in Deutschland bestehenden Werken gehören 35 dem Verbands an, der vor allem den Schlenberverkäufen ein Ende bereiten sollte, der aber weiter noch mit Lieferanten Abkommen abschloß, um den Konventionenmitgliedern bestimmte Vorzugspreise zu verbürgen. Die Konventionallstrafe für jede unter den vereinbarten Mindestpreisen abgeschlossene Fahrradlieferung war sehr hoch, auf 20 000 Mk., festgelegt; sie scheint sehr ungleichartig gewirkt zu haben und mehrere Prozesse, die zum Teil noch der Erledigung harren, legen gerade kein günstiges Zeugnis für das Solidaritätsbewußtsein und die Aufrichtigkeit der Beteiligten ab; dazu scheint das Außenfestum, obwohl kaum viel über 10 pCt. der Gesamtproduktion an Fahrrädern umfassend, neuerdings wieder eine ernere Gefahr zu werden. Andererseits mahnt die Depression zu größerer Selbst-

beschränkung, so daß ein vollständiges Auseinanderfallen des Kartells als wenig wahrscheinlich angesehen wird.

Wollte man Amerika und vor allem die dortige Eisenproduktion als ausschlaggebend für die nächste europäische Wirtschaftsentwicklung betrachten, so müßte man den Optimismus noch mehr einschränken. Bisher unterboten drüber nur kleinere Stahlfirmen die offiziellen Preise. Neuerdings sollen immer mehr namhafte größere Produzenten zu Schlenberabschlüssen gegriffen haben, so daß gerade der maßgebende Stahltrust die Befürchtung hegt: entweder die Preisdifferenz werde den unabhängigen Außenseitern die Abnehmer mehr und mehr zutreiben, oder das letzte Preisniveau werde sich allseitig nicht mehr halten lassen. Im Verhältnis zur Erzeugung von Roßeisen hat die Produktion von Stahlschienen den niedrigsten Stand seit 1904 erreicht. Es wurden 1903 11,5 pCt. der Roßeisenproduktion für Stahlschienen beansprucht, im letzten Tiefstandjahre 1904 dagegen 13,8 pCt., im Depressionsjahre 1900 noch immer 17,3 pCt.

Berlin 7. Februar 1909.

Max Schippel.

## Rundschau.

Die Gewerbeordnungs-Novelle, welche von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegt worden ist, findet nicht den Beifall der an ihr interessierten Arbeiter. In 11 öffentlichen Versammlungen, die in Groß-Berlin stattfanden, wurde folgende Resolution angenommen:

Die Entwicklung der Industrie hat in den letzten Jahrzehnten so gewaltige Fortschritte gemacht und die Profite des Kapitals so gesteigert wie nie in der Vergangenheit. Die Produktivität ist durch technische Verbesserungen und durch Steigerungen der Intenfität der Arbeit gewachsen, in vielen Gewerbezeigen mehr als doppelt und die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vermehrt. Während in den letzten Jahrzehnten für die Grundbesitzer und Kapitalisten große Vorteile auf Kosten der Arbeiter durch die Gesetzgebung geschaffen wurden, kam die Arbeiterbeschulung völlig zum Stillstand. Die am 16. Dezember 1907 dem Reichstage vorgelegte Novelle zur Gewerbeordnung erfüllt nicht entfernt die berechtigten Forderungen der Angestellten und Arbeiter.

Demgegenüber fordern die Versammelten vom Reichstage und der Reichsregierung: Grundlagen für ein einheitliches Arbeiterrecht mit zwingendem Recht für alle zugunsten der Arbeiter und Angestellten getroffenen gesetzlichen Bestimmungen.

Sicherung des Lohnes gegen Schädigungen durch das Drucksystem; desgleichen gegen das zur Umgehung des Gesetzes raffiniert ausgedachten Prämien- und Lantienensystems, das es ermöglicht, Lohnabzüge zu machen, die sonst gesetzlich verboten wären; Sicherstellung der Beiträge für sogenannte Wohlfahrts-Einrichtungen; Schutz der in Betriebswohnungen wohnenden Arbeiter vor Verdrückungen durch den Vermieter der Wohnung.

Größere Rechte der Angestellten und Arbeiter bei Festlegung von Arbeitsordnungen. Die Arbeitsordnung darf nicht einseitig vom Unternehmer oder Unternehmerverbänden diktiert werden.

Die Arbeiterausschüsse müssen durch allgemeine, direkte und geheime Wahl gewählt und deren Mitglieder in der Ausübung ihres Amtes geschützt werden.

Verbot von Konkurrenzklauseln, Personalkonventionen und ähnlicher Abmachungen, die geeignet sind, den Angestellten oder Arbeiter in seinem ferneren Fortkommen zu hindern.

Ausdehnung der Sonntagsruhe, und für solche Arbeiter, die an Sonn- und Festtagen arbeiten müssen, eine ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden und für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage von 60 Stunden in derselben Woche.

Ausdehnung des Schutzes für jugendliche Arbeiter auf alle Beschäftigten im Alter von unter 18 Jahren.

Keunststundenarbeitszeit als Uebergang zum Achtstundendarbeitszeit für alle in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Dreischichtsystem für alle Arbeiter in Anlagen mit ununterbrochen arbeitenden Betrieben.

Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf die Heimarbeiter.

Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf alle Betriebe des Gewerbes (einschließlich der Heimarbeit), der Industrie, des Bergbaues, Handels und Verkehrs und auf die sogenannten landwirtschaftlichen Nebenbetriebe und Beteiligung der Arbeiter an der Aufsicht.

Sicherstellung des Koalitionrechtes.“

Zum Ausbaur der Invalidenversicherung wurde in 11 öffentlichen Versammlungen Groß-Berlins folgende Erklärung angenommen:

„Die Existenz der Arbeiter ist abhängig von der Verwertung ihrer Arbeitskraft. Deren Schwächung oder Verlust bewirkt in der Regel den wirtschaftlichen Untergang des Arbeiters und seiner Familie. Es ist deshalb eine unerlässliche Pflicht von Staat und Gesellschaft, allen Arbeitnehmern beim völligen oder teilweisen Verlust ihrer Arbeitskraft ein Existenzminimum durch eine staatliche Zwangsversicherung zu gewähren. Die bestehende Arbeiterversicherung genügt diesen Ansprüchen heute weniger denn je, insbesondere sind die Invalidenrenten durchaus unzureichend. Die Arbeiterschaft fordert daher namentlich einen umfassenden Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung zu einer ausreichenden Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge.“

Die Versammelten erklären deshalb auch das Bestreben der Privatangehörigen nach einer besseren Fürsorge auf dem Wege einer staatlichen Zwangsversicherung für durchaus berechtigt, müssen sich aber mit aller Entschiedenheit gegen die in neuerer Zeit hervorgetretenen Bestrebungen wenden, die dieses Ziel durch die Schaffung einer Sonderversicherung für die Privatangehörigen erreichen wollen. Die Gewährung von Sonderprivilegien an einen Teil der Arbeitnehmer ist nicht zu rechtfertigen und bedeutet eine schwere Benachteiligung und Zurücksetzung aller übrigen Arbeitnehmer. Die Versammelten erblicken darin eine bewusste Verletzung ihrer aus der gleichen wirtschaftlichen Notlage geborenen Rechte. Sie protestieren nachdrücklich gegen jede weitere Zersplitterung der Arbeiterversicherung und verlangen von den gesetzgebenden Körperschaften, daß die bessere Fürsorge für alle Arbeitnehmer in einer einheitlichen Versicherung verwirklicht wird.“

Zwei wichtige und richtige Arbeiterkongresse tagten im Januar und Februar in Berlin. Der Tabakarbeiterkongress und der Bergarbeiterkongress. Der erstere tagte vom 18. bis 20. Januar, der letztere vom 1. bis 3. Februar. Beide nahmen in scharfer Weise Stellung gegen die Reichsregierung.

Der Kongress der Tabakarbeiter sprach sich mit Entschiedenheit gegen die Banderolensteuer wie gegen eine Erhöhung des Zolles auf ausländischen Rohtabak und der Zinlandsteuer aus. Bei den so außerordentlich trübten Erwerbsverhältnissen der Tabakarbeiter, vor allem aber angesichts der in der Tabakindustrie so zahlreich beschäftigten Krüppel und schwächlichen Personen, die in keiner anderen Industrie Arbeit finden könnten, würde es geradezu eine grausame Härte sein, wenn der Reichstag durch Zustimmung zur Banderolensteuer oder irgend einer anderen Zoll- und Steuererhöhung andauernd große Arbeitslosigkeit für diese armen Arbeiter bewirken und damit zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Erwerbsverhältnisse beitragen würde. Der Tabakarbeiterkongress erwartete aus den hier angeführten Gründen, daß der deutsche Reichstag nicht nur die Regierungsvorlage, sondern jeglichen Vorschlag auf eine Mehrbelastung der Industrie durch erhöhte Zölle oder Steuern ablehnen wird. Schließlich richtete der Tabakarbeiterkongress an die deutsche Reichsregierung, an den Bundesrat und an den Reichstag das dringende Ersuchen, im Interesse der in der Industrie tätigen circa 200.000 Arbeiter die Tabakindustrie vor den fortgesetzten Benutzungen durch immer neue Steuerprojekte zu bewahren. Der Tabakarbeiterkongress protestierte auf das entschiedenste dagegen, daß die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter, die, wie oben nachgewiesen, zu den mit am schlechtest entlohnten Arbeitern gehören, noch neben den direkten und indirekten Steuern, durch welche sie verhältnismäßig in gleicher Weise zur Erhaltung des Reiches beitragen, wie alle übrigen Reichsangehörigen, auch noch darüber hinaus das Opfer der Existenz bringen sollen.

Die Bergarbeiter führen bewegliche Klagen über Grubenmishandlungen und durchgreifende Maßnahmen gegen solche; ihre Klagen und Forderungen wurden in folgende Resolution zusammengefaßt:

„Die Entwicklung der deutschen Bergwerksverhältnisse drängt zu einer einheitlichen Regelung derselben. Eine ganze Anzahl Einrichtungen im Bergwerks- und Knappschaftswesen der einzelnen deutschen Bundesstaaten sind von Reichsgelehen abhängig gemacht worden und werden von diesen beeinflußt. Was aber fehlt, ist das Bild der Einheit, das unserer Berggesetzgebung um so mehr anhaften sollte, als es sich um tief einschneidende Lebensfragen eines Teils der deutschen Bevölkerung, der Bergarbeiter, handelt. Die Unfallhäufigkeit im deutschen Bergbau, die hohen Kran-

kenziffern, die allzufrühe Invalidität der Bergarbeiter, ihre vielfach noch schlimme Behandlung durch die Grubenbesitzer, wie die noch äußerst mangelhaften Knappschaftseinrichtungen für die allzufrüh aufgetauchten Bergarbeiter und deren Familien, zeigen uns, daß in der Bergwerks- wie Bergarbeiterschutzgesetzgebung noch manches zu tun ist, ehe wir zu gesunden Verhältnissen im deutschen Bergbau kommen. Nicht nur die deutschen Bergarbeiter empfinden lebhaft die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Berggesetzgebung, sondern es verlangen gleichzeitig weitere andere Bevölkerungsschichten diese Reform und wie die Verhandlungen in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten und im Reichstag gezeigt haben, auch weite Kreise der parlamentarischen Vertretung der deutschen Bevölkerung. Im deutschen Reichstag hat ein Reichsberggesetz schon längst eine Mehrheit für sich gefunden und lange schon hätten wir ein solches, wenn nicht die Bundesstaatsregierungen diesem widerstrebten.“

Der Kongress ist der Meinung, daß einer reichsgerichtlichen Regelung, besonders der Arbeits- und Arbeiterschutzverhältnisse im Bergbau, keine großen Schwierigkeiten im Wege stehen und darum erhebt er von neuem die Forderung einer schleunigen reichsgerichtlichen Reform der Berggesetzgebung. Der Kongress macht die alten Forderungen der Bergarbeiter zu einem Reichsberggesetz, soweit sie noch der Erfüllung harren, auch zu den seinigen und verlangt vor allen Dingen eine reichsgerichtliche Reform in der Richtung des Bergarbeiterschutzes, der Regelung des Strafwesens, der Verkürzung der Arbeitszeit und der einheitlichen Reform des Knappschaftswesens hin.

Sollten die Bundesregierungen dennoch die Oberhoheit über den Bergbau nicht abgeben wollen, so erklärt sich der Kongress mit den zurzeit noch im Reichstage vorliegenden Anträgen einverstanden, die darauf hinausgehen, den Arbeiterschutz aus dem Bergrecht herauszulösen und diesen allein reichsgerichtliche zu ordnen, und zwar:

- a) durch völlige Ausdehnung der Reichsgewerbeordnung auf den Bergbau und entsprechende Ergänzung derselben,
- b) durch einheitliche Regelung des Knappschaftswesens,
- c) durch reichsgerichtliche Regelung der Bergpolizei.

Schließlich wurde noch eine scharfe Resolution gegen den Anflug der schwarzen Listen angenommen.

Ein erfolgreicher Tarifkampf. Das Hilfspersonal der Buchdruckereien in Linz (Oberösterreich) hat nach eintägigem Ausstand den Abschluß eines Ortsarbeitsvertrages erzwungen. Die Bemühungen, auf friedlichem Wege zum Ziele zu gelangen, scheiterten an der Halsstarrigkeit der Prinzipale, die erst jede Verhandlung, auch die Vermittlung des Vertreters der Gewerbebehörde ablehnten. Als sie aber sahen, daß es der Hilfsarbeiterschaft blutiger Ernst war um die Eringung tariflicher Verhältnisse, gaben sie klein bei und es kam dann unter Mitwirkung der beiden Vorstehenden des Tarifamtes der Buchdrucker und dem Leiter des Reichsvereins der Buchdrucker-Hilfsarbeiter, Kollegen Schummeier, zum Abschluß des Tarifes, aus dem wir die festgelegte

Lohnskala im Nachfolgenden wiedergeben. Männliches Hilfspersonal erhält:

Anfänger bis zu einem Jahre 13 Kr., für bereits in gleichartigen Betrieben über ein Jahr gestandene Hilfsarbeiter 15 Kr.

In diesen beiden Lohnsätzen sind auch die Hilfsarbeiter der Siebereien und Stereotypen einbezogen.

Hilfsarbeiter, welche auch zum Waschen- und Formenschieben, zum Formatlegen, Formenschließen, zum Einlegen und in der Flachstereotypie verwendet werden, 17 Kr.

Hilfsarbeiter an Rotationsmaschinen und in der Rotationsstereotypie 19 Kr.

Hilfsarbeiterinnen erhalten: Anfängerinnen im ersten halben Jahre 6 Kr. Anfängerinnen nach einem halben Jahre bis zur Dauer eines Jahres 7 Kr.

In diesen beiden Lohnsätzen sind auch die Buchbinderei-Hilfsarbeiterinnen einbezogen.

Anlegerinnen an der Tiegeldruckpresse 10 Kr. Anlegerinnen an der Schnellpresse im 2. und 3. Jahre 12 Kr., dieselben nach dem 3. Jahre 13 Kr.

Sonstige Hilfsarbeiterinnen 8 Kr. Arbeiterinnen an Falz- und Buchstempelmaschinen 12 Kr.

Sonstige Buchbinderei-Arbeiterinnen 9 Kr. Jene Hilfsarbeiterinnen, welche beständig in der Zeitungs- und Expedition von Tageszeitungen beschäftigt sind, genießen die gleiche Arbeitszeitdauer wie die übrigen und ist deren Entlohnung im ersten Jahre 12 Kr., späterhin 14 Kr.

Neben sonstigen Bestimmungen wurde das genossenschaftliche Schiedsgericht zur Regelung von Streitigkeiten anerkannt.

Des ferneren ist protokolllarisch festgelegt, daß die Vertrauensmänner der Gehilfenchaft berechtigt sind, für die Interessen des Hilfspersonals einzutreten. Die Dauer des Tarifs ist eine fünfjährige und endet am 31. Dezember 1913.

Dieser Erfolg ist ein neuer Beweis für die Kraft einer starken Organisation.

### Versammlungskalender.

**Dresden.** Mitgliederversammlung am 23. Februar, 8½ Uhr abends, im kleinen Saale des Volkshauses. Tagesordnung: 1. Vortrag: Der Einfluß der Berufsarbeit auf die Entstehung von Neurosenkrankheiten. Referent: Herr Scholta, Naturarzt. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

**München.** Generalversammlung am Sonntag, den 23. Februar 1909 um 3 Uhr nachmittags im „Peterskeller“, Viktualienmarkt 13. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls. 2. Kassenbericht pro 4. Quartal 1908. 3. Vorstandsbericht. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

### Adressenveränderungen.

**Ausbach.** Vorsitzender: Georg Gebauer, Bergstr. 8. Kassierer: Michael Wittmann, Urlassstr. 8.  
**Weimar.** Vertrauensmann ist Kollege Otto Dennstedt, Oberweimar bei Weimar, Friebohoffstraße.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

## Ortsverwaltung Berlin

Am Sonntag, den 21. Februar 1909

In Freyer's Festsälen (früher L. Keller), Kopeniustr. 29

# Großer Wiener Masken-Ball

Die beiden schönsten Damen- und originellsten Herren-  
..... Masken werden prämiert .....

Zwei Musikkapellen ..... Um 11 Uhr; Demaskierung

Eröffnung 6 Uhr ..... Eintritt 50 Pfennig ..... Anfang 7 Uhr

# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 8.

Berlin, den 20. Februar 1909.

15. Jahrgang.

## Ein Wort an die deutschen Arbeiter.

Die Buchdrucker Amerikas haben eine Delegation nach Europa geschickt, um die Solidarität der Arbeiter in Anspruch zu nehmen.

Die Schriftsetzer der Vereinigten Staaten führen seit mehreren Jahren einen erbitterten Kampf um Einführung des achtstündigen Arbeitstages.

Allem Widerstande der organisierten Druckereibesitzer zum Troste ist es ihnen gelungen, im größten Teil der Druckereibetriebe ihre Forderung durchzusetzen, doch setzt ein Teil der verbündeten Druckereikapitalisten den Widerstand fort, und wehrt sich besonders auch dagegen, daß in seinem Betriebe die Regeln und Forderungen Geltung erlangen, die die Gewerkschaften zum Schutze und im Interesse ihrer Mitglieder aufzustellen für nötig fanden.

Dieser Teil der Druckereibesitzer der Vereinigten Staaten ist organisiert und führt seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen jede Gewerkschaftsforderung. Kein Mitglied der organisierten Arbeiterschaft wird von diesen Leuten beschäftigt, und offen wird erklärt, daß sie ihren Kampf führen, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten.

An der Spitze dieser Lobseinde der organisierten Arbeit steht eine Firma, die sich „Butterick Publishing Company“ nennt und die in New York ihren Sitz hat. Diese Gesellschaft ist eine der größten Verlagshäuser der Welt. Ihr Aktienkapital beträgt über fünfzig Millionen Mark und sie ist die Führerin im Kampfe gegen die organisierte Arbeit ihres Berufes, und hat auch die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen, um die Arbeiter ins Gefängnis zu bringen.

Bis zum 24. November 1905 waren bei der „Butterick Publishing Company“ nur organisierte Arbeiter beschäftigt. Am genannten Tage stellte die Firma unorganisierte Arbeiter ein, um die Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu verhindern, die von der Schriftsetzer-Gewerkschaft verlangt wurde. Seit jener Zeit führen die Buchdrucker New Yorks und der Vereinigten Staaten ihren Kampf um Anerkennung ihrer Union und um Einführung des achtstündigen Arbeitstages gegen das genannte Verlagshaus. Unsummen von Geldern und Kräften sind darauf verwandt worden, es zum Nachgeben zu zwingen. Nicht ganz vergeblich, denn die „Butterick Publishing Company“ hat vom 1. Januar ab sich gezwungen gesehen, den achtstündigen Arbeitstag in ihren Betrieben einzuführen. Nach aber verweigern die Leiter des Geschäftes die Anerkennung der Union und die Einführung der Unionregeln in ihrer Druckerei. Sie stützen sich dabei auf den internationalen Charakter ihres Geschäftes. Die Publikationen der „Butterick Publishing Company“ werden in der ganzen Welt abgesetzt und in allen Sprachen verbreitet. In Deutschland gibt diese Firma neben den Buttericks Schnittmustern die monatliche Zeitschrift „Moden Revue“, Buttericks Moden-Album und Buttericks Moden der Hauptstädte heraus, die in Berlin erscheinen. Auf diesen internationalen Charakter ihres Geschäftes gestützt, weigert sich die genannte Firma immer noch, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen. Sie erklärt, daß, wenn die Gewerkschaft der Schriftsetzer auch in den Vereinigten Staaten ihr beträchtlichen Schaden zufügen möge, die Macht der Arbeiterschaft doch nicht so weit reicht, daß sie auch im Auslande Schaden nehmen könne.

Man sieht, diese kapitalistischen Unternehmer rechnen nicht mit der Tatsache, daß die Internationale der Arbeit das Vorbild war allen internationalen Verbindungen und daß die Solidarität eine proletarische Tugend ist.

Wenn die Arbeiter Deutschlands und wenn besonders die Frauen der Arbeiter nur für eine kurze Zeit ihre Schulbühnen tun und den Modestellungen und Schnittmustern der „Butterick Publishing Com-

pany“ die Aufmerksamkeit schenken, die ihnen gebührt, so wird die Solidarität der europäischen Arbeiterklasse durchsetzen, was den amerikanischen Arbeitern allein zu erkämpfen nicht möglich war. Schon hat, wie gesagt, die genannte Gesellschaft sich gezwungen gesehen, den Achtstundentag zu bewilligen. Ein Druck, ein Stoß nur noch ist nötig, um auch die Anerkennung der Gewerkschaft ihr abzu-zwingen. Und mit der Niederlage der „Butterick Publishing Company“ fällt auch die Unternehmer-Vereinigung, deren leitender Geist sie ist.

Es liegt an den Arbeitern Europas, den Schriftsetzern der Vereinigten Staaten in ihrem Kampfe den Sieg zu sichern.

## Korrespondenzen.

**Draunshweig.** Die am 6. Februar stattgefundene Versammlung war leider sehr schlecht besucht. Genosse Redakteur Brenner hielt ein Referat über „Die Frau und die Politik“. Redner schilderte die soziale Lage der Frau in früherer Zeit, zeigte wie die Frau durch die kapitalistische Produktionsweise aus dem Kreise der Familie — in die sie nach Ansicht der Philister heute noch gehört — herausgerissen wird, da einmal der Verdienst des Mannes nicht hinreicht, um die Familie zu ernähren, andererseits der Kapitalist sich möglichst billige und willige Arbeitskräfte zu verschaffen sucht, so nimmt die Arbeit der Frau in erschreckendem Maße zu zum Schaden der ganzen Gesellschaft. Redner ging dann auf die Sozialpolitik ein, wobei er den Nachweis führte, daß es die Pflicht der Frau ist, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern, da sie damit ihre eigenen Interessen sowie die ihrer Kinder wie überhaupt ihrer Familie wahrnehme. Beim Vorstandsbericht rügte Frau Nille die leider schon eingetragene Bummellei beim Besuch der Versammlung. Obgleich von Seiten des Vorstandes durch Heranziehen tüchtiger Referenten versucht wird, die Versammlungen möglichst interessant zu gestalten, ist die Kollegen-schaft nicht sehr stark in den Versammlungen vertreten. Der Kassenbericht wies auf: Einnahme 146,15 Mk., Ausgabe 135,19 Mk., so daß der Bestand am Orte 10,96 Mk. beträgt. Nach Erstattung des Kartellberichtes und Erledigung verschiedener Lokalangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung. Kollegen und Kolleginnen! Das erste Vierteljahr seit Bestehen der Bahnhofsstelle ist verflossen. Wenn wir uns nun ein Urteil über das bisher Erreungene erlauben dürfen, so müssen wir sagen, daß uns noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Wenn auch jetzt ungefähr 40 Kollegen und Kolleginnen dem Verbandszugehörigen sind, so will doch das bei einer Zahl von ca. 300 Verbandsangehörigen nicht viel besagen. Wir müssen immer und immer wieder versuchen, alle unsere Kollegen und Kolleginnen für den Verband zu gewinnen. Dieses ist das Ziel, welches zu erreichen unserer aller Aufgabe ist. Wir können dieses, wenn jeder Einzelne seine volle Pflicht und Schuldbühnen tut, wenn jeder Einzelne ein Agitator ist und versucht, die mit ihm zusammen arbeitenden Kollegen und Kolleginnen über die Ziele unserer Organisation aufzuklären. Wir müssen energisch arbeiten und müssen versuchen Breche zu legen in den Damm des Unverstandes, obgleich uns sehr viel Schwierigkeiten gemacht werden zum Teil auch von den Führern der schwarzen Kunst, die nicht, wie es ihre Pflicht wäre, uns unterstützen, sondern uns sogar teilweise zu bekämpfen suchen, da sie um ihre Vorgesetztenautorität bangen. Kollegen, Kolleginnen, kommt ferner pünktlich zu den Versammlungen, beteiligt Euch lebhaft am Verbandsleben, und es wird die Zeit nicht fernliegen, in welcher wir mit den am Orte bestehenden traurigen Zuständen radikal aufräumen können, indem wir daran gehen müssen, die allgemeinen Bestimmungen und einen Tarif auch bei uns zur Einführung zu bringen.

D. R.

**Bremen.** Versammlung vom 24. Januar. Kollege Schab eröffnete 4½ Uhr die Versammlung und erteilte nach Bekanntgabe der Tagesordnung der Kassiererin Kollegin Frau Woffe das Wort zum Kassenbericht. Bemängelt wurde das Defizit vom Stiftungsfest. Zum Bericht der Arbeitsnachweiserin teilt Kollegin Frau Woffe mit, daß kein vollständiger Bericht gegeben werden könnte,

sondern nur von den letzten 3 Quartalen. 48 Stellen konnten besetzt werden, 11 blieben unbesetzt. In der sich hierauf entspinnden Debatte bemängelte Kollege Swinning die nach seiner Meinung zu geringe Frequenz und wünscht, daß ein größerer Druck auf die Prinzipale und auf die Arbeitslosen ausgeübt werde, um den Nachweis lohnender zu gestalten. Kollege Schab stellt fest, daß mit unterstützungsberechtigten und nichtberechtigten Mitgliedern zu rechnen sei und hieraus die nötigen Schlussfolgerungen leicht gezogen werden könnten. Um die Prinzipalität mehr zur Verwendung des Nachweises anzuhalten, seien genügend Schritte gemacht, der Entwidlung müsse die Hauptsache überlassen bleiben. Den Jahresbericht erstattet Kollege Schab, indem er zunächst über den Umfang des schriftlichen Verkehrs berichtet. In der Hauptsache berichtet er über die verschiedenen tariflichen Streitigkeiten und deren Erledigung. Die vorgekommenen Streitigkeiten waren ziemlich mannigfaltig. Weiter berichtet Kollege Schab über mehrere Unfälle, bei denen die Gewerbeinspektion angerufen werden mußte, die auch dann in zufriedenstellender Weise für Abhilfe sorgte. In der Diskussion fragt Kollege Diene an, ob dem Vorstand bekannt sei, daß in sämtlichen Druckereien die tägliche Arbeitszeit überschritten werde. Kollege Schab erwidert, daß dieses nicht zuträfe und er sucht den Kollegen D. um nähere Angaben; ein entsprechender Fall, der den Vorstand schon längere Zeit beschäftigte, es betreffe dieses eine Klage mehrerer Einlegerinnen gegen die Firma C. A. Nicolaus, befinde sich noch in der Schwebe und müsse der Ausgang abgewartet werden. Ein Antrag, die Vorstandswahl in der nächsten Versammlung vorzunehmen wird angenommen und gleichzeitig ein Antrag, der besagt, daß die nächste Versammlung ein Unterhaltungsabend beschließen soll. Als Arrangeur werden die Kollegen Diem, Schwirring und Zimmermann gewählt. Als Ersatzmann für das Tarif-Schiedsgericht wird Kollege Schröder gewählt.

**Breslau.** Außerordentliche Generalversammlung vom 1. Februar 1909. Die Versammlung wurde um 7½ Uhr vom Vorsitzenden, Kollegen Abend, mit einem allgemeinen Vortrage über den nunmehr erfolgten Tarifabschluß eröffnet. Vor kaum 1½ Jahren, als unsere Bahnhofsstelle das erstmalige Verzicht machte, da antworteten die Unternehmer: „Ihr seid noch zu schwach, erst organisiert Euch mal ordentlich und dann wollen wir mit Euch verhandeln.“ Wir haben den Herren diesen Gefallen getan und siehe da, im vergangenen Herbst waren dieselben Herren in der Lage, uns einzuladen. Die beiden Kommissionen haben beraten und ist nach langem Hin und Her der nun vorliegende Tarif am 1. Februar 1909 in Kraft getreten. Kollege Müller brachte die allgemeinen Bestimmungen, welche in ihrer ganzen Fassung angenommen wurden, zu Gehör und gab hierauf einen ausführlichen Bericht über die Geschäftsführung der Verhandlungen beider Kommissionen. Ferner betonte der Kollege, daß es nicht gelang, den vielumstrittenen Punkt „Mindestlohn für Anlegerinnen über 11 Mk. hinauszubringen“, scheiterte an der Starrköpfigkeit der Unternehmer. Der Arbeitsnachweis wird von dem Beamten der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft ein Jahr probeweise verwaltet. Nachdem nun Kollege Müller den Tarif verlesen und Kollege Abend den Arbeitsnachweis genügend erklärt hatte, nahm der hierzu eingeladene und in der Tarifgeschichte gut bewanderte Referent, Genosse Steinbrecher, das Wort und betont in klarer, überzeugender Weise die Notwendigkeit des Tarifes auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung. Weiter erklärt Redner, daß von den zwei Wegen, die uns gegeben sind, Streik oder Tarif, der der Tarifeinführung der bessere ist, um in dem Kampfe uns Dasein eine friedliche Einigung herbeizuführen und daß der erste Tarif, den irgend eine Gewerkschaft abschloß, noch nie zu Aller Zufriedenheit ausgefallen ist. Darum gilt es nun, auch fernerhin fleißig zu agitieren und mitzuarbeiten an dem großen Bestrengungswert des Proletariats, das zu vollenden nur der Arbeiterschaft überlassen bleibt, bis auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin in unsere Reihen eingetreten ist; denn vereint sind wir alles, einzeln aber nichts. Der reiche Beifall, den die Versammlung dem Referenten spendeten, bewies,

daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Hierauf wurden zu dem nunmehr einzuführenden Schiedsgericht als Beisitzer die Kollegen Müller, Niehle und Stodziella und als Stellvertreter Kollege Klinger und Kollegin Weisser gewählt. Mit einem Hoch auf den Verband erfolgte sodann Schluß der gut besuchten Versammlung. H. St.

**Chemnitz.** Trotz zweimaliger Einladung war die zum 31. Januar einberufene Generalversammlung nur schwach besetzt. Kollege Lindner wies in seinem Jahresbericht besonders darauf hin, daß es in der Jahreshälfte seit dem Verbandstage nicht so recht vorwärts gehen will. Einen großen Teil Schuld an der Interesselosigkeit der Mitglieder trägt leider der Hauptvorstand. (Warum, verstreut der Bericht. Red.) Den Kassenbericht erstattete Kollege Müller, der darauf hinweist, daß sich Arbeitslosen- und Krankenunterstützung als gegenständig erweisen haben. An Arbeitslose wurden 54,50 Mk. und an Kranke 133,85 Mk. Unterstützung gezahlt. Hierzu kommt noch die Wädnerinnenunterstützung. Die Wahl des Vorstandes wurde von der Tagesordnung abgesehen. Wegen Restieren von Beiträgen wurde Kollegin Nitz ausgeschlossen. Mit einem Appell an die Anwesenden, in Zukunft für besseren Versammlungsbesuch zu agitieren, schloß Kollege Lindner die Versammlung.

**Darmstadt.** Bericht von der Generalversammlung vom 7. Februar. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe und bedauert den schwachen Besuch, trotzdem ein jedes Mitglied noch extra durch Zirkular eingeladen wurde. Kollege Klinger erstattete den halbjährigen Bericht. Es fanden statt 4 Mitglieder-, 1 General- und 1 öffentliche Versammlung, 6 Vorstandssitzungen und 9 Geschäftsbearbeitungen. Durch den Arbeitsnachweis wurden 7 Stellen besetzt. Ferner fanden noch 2 Tanzkränzchen statt. In dem letzten Jahre hatten wir einen kleinen Rückgang zu verzeichnen, der durch die schlechte Geschäftskonjunktur hervorgerufen wurde. Wenn aber ein jedes Mitglied seine Schuldigkeit tut, so haben wir viele Scharte bald ausgewetzt. Durch eine rege Agitation haben wir im Monat Januar schon 10 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Kollege Menges erstattete den Kassenbericht und ist hieraus zu ersehen, daß wir im letzten Jahre eine ansehnliche Summe für Unterstützungen ausgeben mußten. Aus der Neuwahl gingen hervor Kollege Klinger als Vorsitzender, Kollege Menges als Kassierer und Kollegin Gerhard als Schriftführerin. Zu Revisoren wurden Kollege Palmel und Kollegin Stauff und als Kartellbelegierte die Kollegen Palmel und Geiber gewählt. Das Schiedsgericht besteht aus den Kollegen Klinger, Menges, Palmel Geiber und Kollegin Gerhard. Als Ersatz Kollege Andres und Kollegin Stauff. Die gestellten Anträge wurden einstimmig angenommen. Unter Verschwiegenem erstattete Kollege Menges die Abrechnung vom Maschinenkränzchen, das einen schönen Verlauf genommen hatte und auch einen guten Ueberfluß abwarf. An Stelle der eingezogenen Mitgliedsbücher werden Legitimationskarten herausgegeben. Den Kartellbescheid erstattete Kollegin Gerhard, wobei besonders auf einen besseren Besuch des Gewerkschaftshauses hingewiesen wurde. Der Vorsitzende ermahnte zum Schluß die Mitglieder noch, in den einzelnen Druckereien mehr Solidarität zu pflegen, denn nur dadurch könnten wir vorwärts schreiten. H. St.

**Frankfurt a. M.** Mitgliederversammlung vom 24. Januar 1909. Kollege Kalb eröffnete pünktlich um 1/10 Uhr und gab bekannt, daß in Zukunft alle Versammlungen wie diese pünktlich eröffnet werden, die Mitglieder möchten sich daran gewöhnen, pünktlich zu erscheinen. Ferner würden die Versammlungen nicht mehr durch Laufzettel bekannt gegeben, sondern durch den Versammlungskalender der „Solidarität“. Der Kollege Gebin hat seinen Austritt erklärt und wünscht Kollege Kalb, daß es demselben nicht so gehen möge als wie den Kollegen der Firma Winnon, auch dort sind sämtliche Kollegen ausgetreten. Als aber die Firma eine Arbeitsordnung herausgab, nach welcher die Kollegen 10stündige Arbeitszeit zu leisten hätten, die Ueberstunden nach Uebereinkunft bezahlt werden sollten und eine ganze Reihe von Verschlechterungen gegen unseren Tarif geplant waren, kamen diese Kollegen wieder zu uns und die Verwaltung mußte gegen diese Tarifdurchbrechung Front machen. Bei der Firma A. Meyer ist nach Vorstelligerwerden der Verwaltung einer Kollegin der tarifliche Lohn bezahlt worden, ebenfalls hat die Firma Grünebaum vor Inkrafttreten des Schiedsgerichts den Tarif zur Einführung gebracht. Bei der Firma Horstmann ist ebenfalls durch Vorstelligerwerden der Verwaltung einem Kollegen der tarifliche Lohn bezahlt worden. So-

dann gab der Vorsitzende noch bekannt, daß eine gemeinsame Sitzung des Maschinenmeister-, Buchdrucker- und Hilfsarbeiterverbandes stattfindet, um das überhandnehmende Selbsteinlegen der Maschinenmeister einzubändigen. Da die Mitglieder im 4. Quartal sehr viele Rechte haben, werden dieselben erjucht, diese zu begleichen, um sich vor Schäden zu bewahren. Die Beitragsbücher werden am 1. April eingezogen und gegen Kontrollkarten ausgetauscht. Auf Antrag der Verwaltung wurde der Kollege Richard Werner aus Wien aus unserm Verband ausgeschlossen. Unsere Schriftführerin Kollegin Ströhl verläßt Frankfurt wieder und wurde Kollege Schaub als Schriftführer gewählt, als Beisitzerinnen die Kolleginnen Wenzel und Ruba. Zur Bureaueinrichtung bewilligte die Versammlung nach kurzer Debatte die Geldmittel. Sodann hielt Kollege Kalb einet mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Wirtschaftskrisis und Hochkonjunktur. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 16. Februar, abends 1/2 8 Uhr im kleinen Saal B des Gewerkschaftshauses statt, zu der unsere Kollegin Thiedeberlin anwesend sein wird und wäre es zu wünschen, daß sämtliche Mitglieder anwesend wären. H. St.

**Karlsruhe.** Versammlung vom 8. Februar. Der Vorsitzende Kollege Streicher eröffnete um 9 Uhr die Versammlung und begrüßte die anwesenden Mitglieder. Er bedauerte den schlechten Besuch, der wahrscheinlich auf das Kostümfest am Samstag zurückzuführen ist und stellte darauf unseren Gauleiter Kollegen Werner aus Sautgart vor, der bei seiner Agitationsstour zufällig zu der heutigen Versammlung angekommen ist. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls erjuchte der Vorsitzende, die Sprechstunden des Vorstandes, hauptsächlich von seiten der Vertrauensleute, besser in Anspruch zu nehmen. Auch die frankten und arbeitslosen Mitglieder mögen die Sprechstunden des Kassierers genau beachten, was demselben die Arbeit erleichtert und vortheilhaft für die Mitglieder ist. An Stelle eines Vortrages des Kollegen Nieger hielt Kollege Werner einen Vortrag über „Alte Grundwahrheiten aus der Arbeiterbewegung“. Redner schilderte ausführlich das Glend der Arbeiterschaft. Er wies u. a. auf den Dreslauer Tarif hin, in dem man es heute noch wagt, einer lernenden Anlegerin 6 Mk. pro Woche zu zahlen. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die anwesenden Mitglieder, kräftig mitzuarbeiten an der Agitation, damit wir nach Ablauf des Tarifes stark und gewappnet dastehen, um für unsere gerechten Forderungen zu kämpfen und zu siegen. An der darauf folgenden Diskussion, welche sich sehr ere gestaltete, beteiligten sich verschiedene Kollegen. Kollege Streicher dankte dem Kollegen Werner im Namen der Versammlung für seine lehrreichen Ausführungen. Unter Verschwiegenem erwähnte Kollege Nihm, daß die Verwaltung einen Ausflug nach Heidelberg zum Besuch der dortigen Kollegen geplant hatte. Die Angelegenheit wurde dann, da der Versammlungsschluß auf 11 Uhr festgesetzt war, zur nächsten Versammlung vertagt. H.

**München.** Sonntag den 30. Januar fand im Restaurant „Petersteler“ eine gut besuchte Versammlung der chemigraphischen Hilfsarbeiter statt, die sich mit der abermaligen ablehnenden Antwort der Beisitzer der chemigraphischen Anstalt beschäftigte. Einleitend gab Kollege Bergler einen Rückblick über das nun 4 Jahre währende Bestehen der hiesigen Verwaltung, mit den Unternehmern ein tarifliches Abkommen für die chemigraphischen Hilfsarbeiter herbeizuführen. Er gedachte auch der vielen Bemühungen, die sich Herr Gewerbedirektor Dr. Gehler in dieser Angelegenheit unterzogen, die aber ebenso wie die der Verwaltung von negativem Erfolg begleitet waren. Kollege Schmid ergänzte die Ausführungen und gab ein Schreiben der Prinzipale bekannt, datiert vom 11. 1. 09, worin der Vorsitzende der chemigraphischen Anstaltsbesitzer der Ortsgruppe 3, Herr Ritter von Schmechel, unserer Münchener Verwaltung die Mitteilung macht, daß er die Wünsche, ein Separatabkommen mit der Hilfsarbeiterchaft zu treffen in Bezug auf Arbeitszeit, Minimallohne und Benutzung des Arbeitsnachweises, in der am 8. Januar stattgehabten Sitzung der Ortsgruppe 3 bekannt gegeben habe, leider es aber auf Grund der Bundesbestimmungen nicht möglich sei, ein solches Separatabkommen für München zu treffen. Kollege Schmid präzisierte dann ausführlich den Standpunkt, den nun die Verwaltung in dieser Sache einnehme, und die darauf einsehende rege Diskussion zeigte, daß auch die Kollegen einstimmig der Ansicht waren, nun vorerst ein weiteres örtliches Vorgehen zur Herbeiführung eines Ta-

rifes für das chemigraphische Hilfspersonal zu unterlassen, jedoch solle beim nächsten Tarifabschluß des Buchdruck-Hilfspersonals diese Frage Berücksichtigung finden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die chemigraphischen Hilfsarbeiter Münchens richten an alle Bezirksleitenden Vorstände, insbesondere an die Gauleiter, das bringende Erjuchen, soweit in ihrem zugeordneten Arbeitsfelde chemigraphische Anstalten in Betracht kommen, sich mit den organisierten gelernten Arbeitern in Verbindung zu setzen, um in nächster Zeit das noch indifferente Hilfspersonal dem Verbands zuzuführen, um es in absehbarer Zeit zu ermöglichen, daß auch für das chemigraphische Hilfspersonal einheitliche tarifliche Verhältnisse geschaffen werden. Ergende welche Erfolge in dieser Agitation wird gebeten in der „Soli“ bekannt zu geben. H. St.

**Weimar.** Auch in der Stadt der Dichter und Dichter im Goethelande ist es unserer Organisation gelungen, festen Fuß zu fassen. War auch im November vorigen Jahres nicht viel Beteiligung an einer öffentlichen Versammlung, in welcher Kollegin Thiede referierte, so ist doch im neuen Jahre eine regere Beteiligung zu verzeichnen. Es konnte im Januar eine Zahlstelle gegründet werden. Am 2. Februar wurde die Verwaltung gewählt. Vertrauensmann ist Kollege Otto Dennstedt, Oberweimar bei Weimar, Friedhofstraße, an welchen auch alle Zuschriften, den Verband betreffend, zu richten sind. In Weimar sind ungefähr 25 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, wovon nach rege Agitation 15 unserem Verbands sich angeschlossen. Es muß noch gelingen, die übrigen an unsere Fahne zu fesseln, damit auch hier etwas Positives für unsere Mitglieder geschaffen werden kann. Werden wir von unseren Bruderorganisationen unterstützt, so wird es ein Leichtes sein, sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen unserem Verbands zuzuführen. Auch hat uns der Vertreter der Steinbrücker seine weitere Mitarbeit zugesagt, wofür wir ihm schon im voraus danken. D. H.

## Literatur.

Im Kommissionsverlag von F. H. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie.** Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom November 1906. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Preis 3 Mk. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Th. Leipzig, schreibt in der Vorrede unter anderem: „Die vorliegende Statistik bringt den Nachweis dafür, daß die auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne gerichteten Bestrebungen der organisierten Holzarbeiter ganz erfreuliche Fortschritte aufweisen können. Die Mitgliederzahl ist von 23 774 im Jahre 1893 auf 42 576 im Jahre 1897, resp. 70 851 im Jahre 1902, resp. 151 717 im Jahre 1906 gestiegen, und die Ausgaben für Streikunterstützung resp. für Kosten der Lohnbewegung vermehrten sich von 4505 Mk. im Jahre 1893 auf 164 902 Mk. im Jahre 1897, resp. 152 247 Mk. im Jahre 1902, resp. 1 658 804 Mk. im Jahre 1906. Die Zahl der vom Verbands geführten und unterstützten Streiks und Lohnbewegungen betrug in diesen vier Erhebungsjahren 6, 84, 157 und 1236.“

Es wird dann darauf hingewiesen, daß angesichts der ungeheuren Kraftentfaltung der Organisation die Erfolge nicht ausbleiben sind und der Beweis angetreten ist, „daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nicht umsonst die Opfer bringt, die der gewerkschaftliche Kampf ihr auferlegt.“ Mit Recht wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Steigerung aller Lebensmittelpreise, der Wohnungsmieten usw. das Mehr an Lohnneinkommen vielfach völlig aufwiegt, jedoch die Frage ganz von selbst aufzuwerfen ist, wie es wohl aussehen möchte, wenn die Arbeiterchaft bei Veräußerung ihrer Arbeitskraft nicht den Schutz der gewerkschaftlichen Organisation hätte? Die Antwort darauf findet der Leser in dem inhaltsreichen Buche in überzeugender Weise dargestellt. Was hier für die Holzarbeiter als Richtschnur aufgestellt ist, gilt für alle Arbeiter. Münchener wir der ausgezeichneten Arbeit recht viele aufmerksame Leser.

**Arbeiter-Woche-Kalender 1909.** Ueber dieses unentbehrliche Taschenbuch schreibt das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ merkwürdige Worte. Der Preis des Exemplars beträgt 60 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, Kolporteur sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.